

Abonnements-Gebühren:
Stichten: Jahrl. K. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60,
Schweiz: Jahrl. Fr. 9,
1/2 Jahrl. 5, 1/4 Jahrl. 2.60

Oberheinische

Wachrichten

Anzeiger für Diebstein und Umgebung

Abonnements nehmen entgegen:
Baduz-Mels, die
Zeitungsdrucker u. die
Postämter. Insondere nehmen
die Zeitungsdrucker u. die
Buchdruckerei entgegen und
müssen für die Zustellung
verantwortlich sein.
Einsendungen sind frühzeitig
an die Redaktion zu
senden. Schriftliche Anfragen
sind franco zu belegen.
Anonymes wird nicht berücksichtigt.

Druck u. Expedition: Organverl. Buchdruckerei A. G., Mels
Verlag: „Oberhein. Nachrichten“ A. G., Mels (Telefon 55)

Verab auf das 21. Lebensjahr.
(Korrespondenz.)

III.

Für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits- und Großjährigkeitsalters sprechen auch Gründe der Sozialpädagogik, insbesondere der politischen Erziehung. Nichts spricht schlagender für die Terminherabsetzung, als die oft gehörte Redewendung: Na, unsere Leute sind politisch d. h. zur besseren Gestaltung der Staatseinrichtungen nicht reif. Wenn dies wahr ist, so erziehe man sie schleunigst dazu, damit sie ausreifen. Vernünftigerweise heißt der Arzt die Krankheit in ihrem Entwicklungskodium schneller und gründlicher, als wenn er ein verhöcktes Leiden heilen helfen soll. Und wenn wir politisch erziehen wollen, müssen wir bei den Jünglingen mit 21 Jahren, die noch Interesse und Willen zeigen, anfangen, nicht bei teilnahmslosen Leuten. Den jungen Leuten müssen wir die Anteilnahme an den gesellschaftlichen Interessen und Gruppen im Staate heibringen. Wer aber wartet, bis das politische Interesse in Teilnahmslosigkeit übergegangen ist und wer nur immer behauptet, unsere Leute seien politisch unreif, ohne ihnen Gelegenheit zur Betätigung zu geben, — der will die politische Denkfähigkeit und Denkmutterheit erhalten und meint es nicht aufrichtig. Dem Gedankenkreis des absoluten und halbabsoluten Staates, wo das Volk möglichst nichts zur staatlichen Verwaltung zu sagen hätte, wie nicht minder einem bei uns erst in neuerer Zeit begrabenen politischen Bevormundungssystem hat der hohe Volljährigkeits- und Wahltermin in seine Wege gepakt. Das Volk hatte eben nichts zu sagen, alles wurde von Obrigkeitshänden regiert und gehandhabt. Wenn die Leute anderwärts mit 19, 20 und 21 Jahren politisch reif geworden sind, warum soll dies bei uns nicht möglich sein, bei uns, sagen wir, wo stets brüllend gegenüber andern Völkern behauptet wird, unsere Volksschulbildung und Intelligenzveranlagung dürfe jeden Vergleich aushalten. An der Schule werden ja unsere Leute auch über die staatlichen Einrichtungen notwendig aufgeklärt. Ist dies alles richtig, dann dürfen wir hinsichtlich der politischen Betätigung nicht wieder behaupten, unsere Leute seien beschränkter als andere. Ein eigentümlicher Widerspruch! Fort mit diesen Scheineinwänden! Zu wünschen aber ist, daß die staatsbürgerliche Erziehung gefördert werde.

Keine Berechtigung hat demnach der Einwand, daß, wenn die 21-, 22- und 23-jährigen stimmbar und wählen können, kommen künftige Wahl- und Abstimmungsergebnisse heraus. — Warum stellen denn gerade die 24-Jährigen kein Unheil mehr an? Die Antwort werden die Gegner schuldig bleiben. Wieviel Neuwähler treten denn auf, wenn diese Jahrgänge stimmbar und wahlberechtigt werden? Wir schäben ihre Zahl auf etwa 150 im Oberlande und auf 30 im Unterlande. Können denn etwa 230 Neuwähler gegenüber ca. 1600 alten Wählern eine so ausschlaggebende Stellung einnehmen? Nein! Denn einmal sind nicht alle einer Meinung und zweitens verteilen sie sich je nach den Parteien. Ehrliche Einwände können die Gegner nur aus politischen Gründen bringen. Die Gegenpartei fürchtet nämlich, daß die jungen Männer sich überwiegend der Volkspartei anschließen. Es mag dies zum Teil richtig sein und zugegeben werden. Die Herrenpartei fällt damit über sich selbst das Verdammungsurteil, denn wenn schon die jungen Männer überwiegend die Richtung der Volkspartei für die richtige halten, so steht es schlecht um ihre Sache: sie sieht nicht mehr! Die Volkspartei aber kann sich nur be-

glückwünschen, wenn sie die Jugend erobert hat; dann gehört ihr auch die Zukunft! Mag nun die Abstimmung ausfallen wie sie will, einmal muß der Termin herabgesetzt werden. Fällt die Abstimmung für die Jünglinge ungünstig aus, so werden sie verbittert und haben erst recht alle Ursache, sich der Volkspartei jetzt und in Zukunft anzuschließen. Jünglinge und Jungfrauen, benutet daran! Für die Jungfrauen handelt es sich ja darum, daß sie mit 21 Jahren volljährig werden!

Eine Partei, die sich fortschrittlich nennt, sollte auch wirklich für den Fortschritt nach jeder Richtung eintreten. Es ist aber ein rückwärtiges Reiten, wenn man für einen veralteten Alterstermin eintritt, denn für Oesterreich sagen Krainz-Ehrenpreis, es (Oesterreich) stimmt mit diesem Volljährigkeitstermin eine vereinzelte Stellung unter den heutigen Kulturstaaten ein. Und für diese Rückständigkeit will eine fortschrittliche Partei eintreten! Jüngling, siehst Du, wie man mit Leuten politischen Nechten aus parteipolitischen Gründen umspringt!

Wir wollen vielen älteren Wählern daraus, daß sie zu einem untätigen politischen Verhalten durch ein gewisses Bevormundungssystem erzogen worden sind, einen Vorwurf nicht machen. Wenn sie aber in andern Gefühlen und Ansichten auferzogen worden sind als ihre Söhne und daher heute politisch sich lieber wenig oder gar nicht betätigen wollen, so mögen sie es den Jünglingen nicht verwehren, die es tun wollen. Unsere jungen Leute schlägt die Not des Not des Lebens mehr in die Welt hinaus als viele ihrer Eltern; sie lernen fremde Einrichtungen und Gebräuche kennen. Ihr enabergrenzter Strukturstandpunkt erweitert sich und sie bemerken, daß man von fremden Leuten und Ländern noch vieles lernen kann und daß hierzu ein Fortschritt erforderlich ist, den der Daseinsbleibende von seinem beschränkten Gesichtskreis aus weniger zu beurteilen vermag. Diese Jünglinge sollen uns mithelfen, das Land und seine Volkswirtschaft in moderne Bahnen zu lenken; sie sollen uns zu neuzeitlichen Verkehrsmitteln u. d. verhelfen; und daß sie das tun werden, wissen die Jg. „Fortschrittlichen“. Deshalb ihre Bedenken. Ist es denn ein Unheil, wenn wir im Lande mehr Verkehr, Verdienst und Arbeitsgelegenheit erhalten? Wenn wir mit Hilfe dieser Leute moderne Gesetze erhalten und die Handels- und Zollbeziehungen nicht nur nach der finanziellen Seite hin, sondern auch nach dem Gesichtspunkte einer billigeren Lebenshaltung ordnen wollen?

Wähler! Es ist eine sehr wichtige Abstimmung, an der Du in der nächsten Zeit teilnimmst; bedenke, daß diese Abstimmung einen ungeheuren Ausblick für den volkstümlichen Ausbau unserer noch halbabsolutistischen Verfassung und Gesetzgebung ist! Wähler, bedenke, daß Du den Fortschritt im Interesse des Landes und der Zukunft Deiner Kinder willst! Hilf mit und stimme Ja!

Jünglinge! Helfet der Volkspartei mit, die bevormundenden Fesseln eines veralteten Gesetzes abzuwerfen. Jünglinge! Schließt Euch zusammen, organisiert Euch und tretet geschlossen in den Dienst der Volkspartei, agitiert für sie! Jünglinge und Jungfrauen, helfet zusammen, eruchtet Eure Väter, Eure Freunde, daß sie geschlossen für die Herabsetzung des Wahlfähigkeits- und Großjährigkeitsalters eintreten; wisset, der Landesfürst ist mit der Herabsetzung einverstanden, wenn auch die Mehrheit des Volkes sie will!

Legen wir ein kräftiges Ja in die Urne und dann erst wird Diebstein den Diebsteinern sein und bleiben!

(Schluß.)

Mehr Volksabgeordnete!
(Korrespondenz.)

I.

In unserer demokratischen Zeit sollte man es nicht für möglich halten, daß noch ein solcher Kampf um eine zweckmäßige und gerechte Vertretung des Volkes entbrennen könne. In unserem, mit vielem alten Ballast beschwerten, durch Herrenmenschen zum Teil noch regierten und verwalteten Lande ist aber im Zeitalter der Demokratie dieser Kampf noch möglich.

Die Führer der Herrenpartei wollen demokratisch sein — und dem Volke möglichst wenig Rechte, ja noch weniger als früher lassen. Dies lehrt uns vor allem die Landesgeschichte.

Die Vertretung des Volkes in der Spätgrafenzeit und dann bis 1809, also während der Landammann-Verfassungszeit bestand im Oberlande aus dem Landammann und zwölf Geschworenen (Richtern), ebenso hatte die Herrschaft Schellenberg eine Vertretung von zusammen 13 Personen. Früher vertraten demnach, wenn man Baduz und Schellenberg zusammenrechnet, 26 Männer das Volk. Unter Peter Kaiser sagt: „Alle 2 Jahre fand eine Wahl (des Landammanns) statt. Zu berieten versammelten sich alle, welche nicht ehr- und wehrlos waren und Tischtisch hatten.“ Bis 1809 konnten also sogar die 16-Jährigen wählen — und leither soll ihnen nach Ansicht unserer fortschrittlichen Herren die nötige Einsicht und Reife fehlen!

In der ständischen Verfassungszeit seit 1818 bestand die Vertretung der Volkstände mindestens aus 3 Geistlichen, allen Vorstehern (Richtern) und Seckelmeistern der Gemeinde, das macht schon mehr als 20 Vertreter aus. Dazu konnten aber noch größere Steuerzahler kommen. Diese Zeit dauerte bis 1862.

In einem Verfassungsentwurf von 1848 werden 24 Abgeordnete, 12 für das Oberland, 9 für das Unterland und 3 für die vorkommenden (Richtern) und Seckelmeistern der Gemeinde, das macht schon mehr als 20 Vertreter aus. Dazu konnten aber noch größere Steuerzahler kommen. Diese Zeit dauerte bis 1862.

Wieber Leser! Ist es nun nicht eigentümlich, daß unsere Vorfahren so sehr auf eine größere Zahl der Volksvertreter Gewicht legten? Sie mußten doch gedacht haben, eine breitere Volksvertretung sei gerade zur Vertretung der verschiedenen Interessen, zur Vertretung der einzelnen Stände notwendig. Haben wir es denn heute nicht mehr notwendig?

Die Bevölkerung hat gegenüber früher unbefreitbar zugenommen. Wir wollen nur einige Zahlen anführen:

Zur Zeit der Landammann-Verfassung waren in beiden Landschaften Baduz und Schellenberg zusammen nur 563 schutzhabende (haushabliche) Bürger. Rechnen wir hierzu noch die Jungen über 16 Jahre, so dürften es nicht mehr als 1000 gewesen sein und die Gesamtbevölkerung schätzungsweise 2300 Köpfe betragen haben. Diese vertraten im ganzen — selbstredend für Schellenberg und Baduz getrennt — 26 Männer. 1613 betrug die Seelenzahl 2654, 1718 waren in der Grafschaft Baduz 570 und in der Herrschaft Schellenberg 287 haushabliche Männer. Heute beträgt die Seelenzahl bei normalem Stande ca. 10,000, und diese sollen nun eine kleinere Vertretung haben, als unsere weniger zahlreichen Alvorderen. Schon die Geschichte lehrt uns, daß wir mehr Volksvertreter haben sollten.

Für die ausgleichende Erhöhung spricht auch das Volksverhältnis zwischen Unterland und

Oberland. Das Oberland weist gegenwärtig rund 5500, in Friedenszeiten aber mit der Industriebevölkerung mindestens 6000, das Unterland aber nicht mehr als 3100 aus. Die Zahlen sind natürlich schwankend und es können im ganzen vorübergehend, wenn auch selten, 10,000 Menschen im Land wohnen (Wohnbevölkerung). Es trifft im Oberland auf 6000 Einwohner 7, im Unterland auf 3100 5 Abgeordnete, oder es entfällt im Oberland auf 875 Wählerstimmen ein Abgeordneter, im Unterlande auf 620 Einwohner ein Abgeordneter. Folglich sind im Oberlande gegenüber dem Unterlande (875-620) = 255 Einwohner nicht oder schlechter vertreten! Nach dem Vorschlage, 10 Volksabgeordnete im Oberlande und 7 im Unterlande, trafe es auf 600 Oberländer und 445 Unterländer einen Abgeordneten. Das Verhältnis wäre immer noch für die Unterländer günstiger, indem der Unterschied in der vertretenen Bevölkerung immer noch 155 Personen macht! Aber schon aus diesem einfachen Vergleich erhellt die schlagendste Rechtfertigung für die Erhöhung, wie nicht minder, daß sie eine Forderung der Gerechtigkeit ist. Das Oberland weist rund 1000, das Unterland rund 620 Wählerstimmen nach den letzten Landtagswahlen aus. Es trifft demnach im Oberland jezt auf 143 Wähler und im Unterland auf 124 Wähler einen Abgeordneten. (Unterschied 19 Wählerstimmen). Eine Oberländer Wählerstimme ist demnach heute politisch weniger wert als eine Unterländer. In Prozenten ausgedrückt ist eine Oberländer Wählerstimme nur (124/143) 84% wert. Von vielen wird deshalb gewünscht, daß entsprechend der Bevölkerungszahl Volksvertreter gewählt werden. Die Volkspartei erklärt sich aber mit einer Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten auf 10 resp. 7 einverstanden. In diesem Falle würden bei dem gleichen Wahlsalter (24) im Oberlande auf einen Abgeordneten 100, im Unterlande aber rund 90 Wähler entfallen. Der Wert einer Oberländer Wählerstimme würde also 6% mehr betragen als beim alten, ungerechten System! Aus dieser ziffernmäßigen Aufstellung erhellt die Gerechtigkeit des Antrages auf Vermehrung der Volksabgeordneten.

II.

Für die Erhöhung der Zahl der Volksvertreter spricht weiter die Gleichheit der Verhältnisse. Die Volksabgeordneten sind ein Institut, entspricht unserer vorläufigen Zeit absolut nicht mehr und es hätte eigentlich verschwinden sollen, weil es ein Zwitтерding für die Vergangenheit und in Zukunft ist. Die ständische Verfassung hat keine solche erkannt. Gemäß der Landammanns-Verfassung hatte die Herrschaft das Recht der Auswahl des Landammanns aus den drei durch die Gemeindeversammlungen vorgeschlagenen.

Erst die sogen. „freiherrliche“ Verfassung von 1862 hat die Einrichtung aufgestellt. — Man wendet ein, die fürstl. Abgeordneten seien ein Ersatz für das bei uns fehlende Herren- oder Oberhaus. Allein, dann müßten diese Abgeordneten selbständig tagen und nicht im Landtag das Spiel spielen. Politisch haben manche fürstl. Abgeordnete ja früher eine bekannte Rolle gespielt, die wenig zur jener eines Herrenhaus-Mitgliedes paßt. Wir haben bei uns keine Geburtsstände, — und keine so großen Herren, als daß man einen Herrenhausersatz suchen müßte. Die Einrichtung paßt gar nicht in unsere Bevölkerung hinein und daher auch nicht in den Landtag. Eigentümlich ist es, daß diese Herren an allen Wahlen und Abstimmungen des Landtages teilnehmen. Noch eigentümlicher ist es, daß sie als Vertreter des Fürsten — denn Volksvertreter sind sie nicht in Zukunft mitwirken sollen die Regierung bestimmen, dann nachher bekräftigt der Landesfürst diese Regierung. Folgerichtig sollten doch nur die Volksabgeordneten, die Regierungsräte wählen und den Regierungspräsidenten vorschlagen. Also wieder diese Zwitтерstellung. — Ein fürstl. Abgeordneter hat gegenwärtig im Landtag soviel zu sagen, wie ein Volksabgeordneter, der 143 resp. 124 Wählerstimmen vertritt. Das ist doch politisch nicht anständig. Es darf nicht mehr vorkommen, daß die fürstl. Abgeordneten 1/2 aller Stimmen des Landtages ausmachen. Das wäre ja eine aristokratische, eine herrliche und keine demokratische Verfassung. — Diecksteinheimer Volk, bedenke dies am Abstimmungstage und stimme Ja! Denke weiter an die recht sonderbare Praxis der fremden Landesverweser, daß sie nur ihnen genehme Leute dem Fürsten zur Ernennung vorschlugen, ganz gleich, ob die vorgeschlagenen überhaupt

beim Volke beliebt waren oder nicht. Anständig müssen die fürstl. Abgeordneten den Landtagswahlen vorgezogen werden, wenn wir noch einigermaßen demokratisch verwalten werden will.

Aus diesen Gründen, lieber Leser, wollen wir den Einfluß der Volksabgeordneten erhöhen und jetzt der fürstlichen vermindern. Gilt uns das, indem Du Ja stimmst.

III.

In den größeren Gemeinden, die zu 1000 Einwohnern zählen, antieren neben dem Gemeinderate von 7 Mitgliedern noch der Vorsteher und Kassier, also 9. Ueber das ganze Land mit 9-10,000 Einwohnern hingegen nur 15 Räte, wovon auch drei Nicht-Volksabgeordnete. So etwas entspricht doch nicht mehr unseren demokratischen Empfinden und Denken, denn wir wollen doch eine auf breiter Grundlage beruhende Vertretung der Volksinteressen, ähnlich wie es unsere Vorfahren hatten oder 1848 anstrebten.

Es besteht sonst bei öffentlichen und zum Teil auch bei privaten Körperschaften geradezu eine gesetzliche Erscheinung, daß je kleiner die Körperschaft, desto größer verhältnismäßig die Zahl der Ratmitglieder. So entfällt im Kanton Zug auf je 250, in Obwalden auf je 200 und in Appenzell A. Rh. auf je 250 Einwohner ein Kantons- bzw. Landratsmitglied.

So sagt Art. 54 der Verfassung des Halbkantons Unterwalden nid dem Wald: „Auf je 250 Seelen, bezw. einen Bruchteil von 125 Seelen ist ein Mitglied (des Landrates) zu wählen. Dieser Halbkanton ist ein Gebirgsland wie wir.“

Darnach müßten bei uns nicht nur 17 Abgeordnete, sondern sogar mindestens 33-34 gewählt werden. Warum diese Erscheinung? In kleinen Rändern sind die Volksinteressen viel mächtiger, daher sucht man diese Interessen durch möglichst breite Grundlage der Vertretung zum Ausdruck, aber auch in Einklang zu bringen. Wir wünschen und verlangen entsprechend dieser Erscheinung und der neuzeitlichen Forderung, daß die Volksvertretung eine Vertretung der verschiedenen Interessengruppen, der Gemeinden, der Bauern, Handwerker, Arbeiter und der Gebildeten sei. Erst dann kommt die wahre Volksstimme zum Ausdruck, und das ist wieder nur möglich, wenn die Zahl der Volksabgeordneten entsprechend erhöht wird. Verstehst Du nun, lieber Leser, weshalb wir eine Erhöhung der Zahl der Volksabgeordneten anstreben? Wenn man die Verhältnisse im Vorarlberg ansieht, so bedenke, daß es dort noch nicht endgültig geregelt ist. Jenes Land aber wollen wir uns nicht zum Muster nehmen!

Ein recht fauler Einwand ist es gegen die Erhöhung, wenn die Mehrzahl von fünf Abgeordneten ins Feld geführt werden. Die fünf Abgeordneten würden uns jährlich an Tagelohnern im schlimmsten Falle etwa 800 Kronen mehr kosten. Das ist doch ein Betrag, der bei unserem Voranschlag von 1/2 Million Kronen nicht ins Gewicht fällt. Wie leicht ließen sich diese 800 Kronen in den übrigen Verwaltungszweigen einsparen. Wir haben noch Stellen, die uns laufende Kronen kosten, die leicht billiger besetzt und ebenso gut besorgt werden könnten. Kann sich denn, so fragen wir, ein ehrlücher Demokrat, der dem Volke Rechte geben will, dieser kleinen Ausgabe wegen abhalten lassen, für deren Erhöhung zu stimmen? Das ist wohl nicht möglich.

Nichtslugend ist ferner der Einwand, es seien genug Leute im Landtage, wenn noch mehr hineinkommen, gehen die Sachen noch langsamer von Hatten. Gerade für diesen Fall wollen wir die richtigen Männer auswählen. Es soll keine Erbchaft im Landtagssessel und auch kein Erstlingsrecht mehr geben. Der Lügliche soll die Interessen des Volkes vertreten. Andere sollen keinen Ratssessel einnehmen. Laß Dich, Wähler, durch so faule und lächerliche Einwände nicht abwendig machen!

IV.

Wähler! Es geht ein demokratischer Zug durch die Welt, der nicht so leicht, wie manche Herren glauben, verschwinden wird. Dafür sorgt der Völkerverbund. Wähler, es handelt sich nicht etwa darum, daß das Oberland gegenüber dem Unterland zu kurz komme oder umgekehrt. Aber es handelt sich darum, daß im Landtage die Volksabgeordneten als Vertreter der Volksinteressen den Ausschlag geben und nicht einige Herren. Erhöht werden wir demokratisch werden und deshalb beginnen wir im Landtag, der in Zukunft einen entscheidenden

Einfluß auf die Regierungsmänner haben soll. Wenn aber dies eintritt, dann muß auch wieder der Volkswille im Landtage zum Ausdruck kommen.

Wähler! Fragen von unheimlicher Tragweite werden sich in der nächsten Zeit für unser Land zur Lösung aufwerfen. Verträge mit fremden Staaten u. a. und dazu brauchen wir den Einfluß des Volkes. Es sind Aufgaben, deren Lösung für Deste Kinder noch ausschlaggebend ist. — Wer hat die Hände schon im Spiele gehabt? Es sollen nicht mehr Fremdlinge für uns die wichtigsten wirtschaftlichen Verträge abschließen; nein, mindestens die Volksvertreter, ja alle Interessengruppen durch ihre Abgeordneten müssen einem entscheidenden Einfluß ausüben können.

Ja, für Dich, aufrechter Wähler, mußst Du im Wahllokale nur ein Wort schreiben: „Volksvertretung, nicht Herrenvertretung!“
Ja!

Politische Gedanken.

(Eingeliefert.)

Als Zuhörer der am 13. Februar 1919 abgehaltenen Landtagsstimmung will ich auch einmal Zeitungschreiber. — Die Frankenhause-Platzfrage ist zwar verschoben, aber nicht aufgehoben und nach meiner Ansicht wird Schaun den Sieg davontragen. Es kommt jezt noch auf die Leistungen der Gemeinden Vaduz und Schaun an. Uebrigens hatten es die Schauner und Unterländer Abgeordneten bewirken können, daß die Platzfrage sofort zu Gunsten Schauns entschieden worden wäre. Warum haben sie es nicht getan, trotzdem sie die Mehrheit hatten?

So recht zum Ausdruck kam das argenlose Mißtrauen gegen das Volk durch den Antrag d. hochw. Hrn. Kanonikus Büchel, daß zum Schutze von jeder Beeinflussung der Abstimmungszettel erst im Wahllokale geschrieben werden dürfe. Da qua das Volk wieder einmal die Freundlichkeit einiger Herren, darunter auch des hohen, Unterländer Führers erkennen. Also nur der einen Seite will man Beeinflussung vorwerfen. Warum ist denn Herr Kanonikus Büchel selber als Wahllokator aufgetreten? Warum sitzt er oft bei Volkspartei-Komitee-Beuten? Warum schreibt er über andere so wenig schmeichelhafte Briefe in eine Gemeinde? Warum reist er? Wüssen wir noch deutlicher werden? Mit der politischen Tätigkeit dieses Herrn sind wir absolut nicht einverstanden und zwar noch immer weniger. Geuen keine Person haben wir nicht einzuwenden. Dieser eine Antrag wirkt ein großes Licht auf die volkstrenden Herren. Ja, Ihr Bauern, die Ihr schweigen und steuern müßt, und dann ab und zu mit diesen anadigen Herren reden dürft; Ihr Jünglinge und Jungfrauen, die Ihr nur zusehen sollt, was andere für Euer Leben schreiben, denkt am Abstimmungstage daran; schreibt erst recht in dem Wahllokale ein kräftiges Ja! Bisset Euch nicht beeinflussen mit törichtem Einwände. Zum Troz gegen dieses Volksmißtrauen schreibt ein Ja, agitiert noch viel mehr als die Gegner.

Bei den Wahlen in der Schöffens- und Lawenawerkommision kam die Beeinflussung deutlich zum Ausdruck. Die Gegenpartei will alles für sich in Anspruch nehmen. Das sieht der Dummste. Mehr als sonderbar muß es erscheinen, daß die vier großen oberländischen Gemeinden (Vaduz, Triesen, Triesenberg und Balzers) nicht einmal einen Vertreter in der Lawenawerkommision haben. Gegen diese Ausschließlichkeit kann man nicht genug protestieren. Sie zeigt, daß wir im Oberlande zum bestehenden Landtage gar kein Vertrauen mehr haben können. Da hilft nur noch der Stimmzettel mit seinem Ja!

Gerab auf das 21. Altersjahr! Ginauf mit der Zahl der Volksabgeordneten!

Der angebliche Fortschritt (Eingel.) Der Name „Fortschrittliche Bürgerpartei“ hätte doch zum mindesten erwarten lassen dürfen, daß nun der Fortschritt von beiden Landesparteien kräftig unterstützt und gefördert werde. Es wurde von geundem Fortschritt u. a. gebrochen. Wie steht es damit? Am letzten Donnerstag vor acht Tagen hielt Herr W. Obelst, der nach Mittelungen als Abstimmungsbredner von der Herrenpartei bestimmt ist, einen Vortrag im Schner Schulhause vor etwa 26 Zuhörern. Der Referent klärte die Gesner über Ziele und Zweck der Herrenpartei auf und sprach auch von der Volks-

pa
ad
st
w
gr
bi
gr
ir
li
w
ge
we
be
T

de
lit
sch
G
de

un
un
Be
ab
au
jo
ja
de
lit
del
In
ein
Ja
ab
iti
der
sch
fer
Ra
tei
das
Wo
gel
uns
daß

Dr.
sch
heu
Bu
wöl
viel
ne
Kan
Me
die
bern
nem
Zaf
verj
als
Gien
wir
dun
daß
Pat
gege
gege
Ber

Zeit
wird
werd
um
nur
Vor
hint
vom
nur.
die
mal

s
sch,
lichen
tunfi
rtig
schen.
s
von